

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

14.2.1849 (No. 38)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 14. Februar.

N. 38.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14., wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 10. Febr. Wer halbwegs zu lesen versteht, der wird in der österreichischen Note die ziemlich unumwundene Erklärung finden, daß das Osmüger Kabinett die ganze Verfassung, so wie sie aus den bisherigen Beratungen der Reichsversammlung hervorgegangen ist, durchaus verwirft. Den Bundesstaat, welchen die Verfassung be-
weckt, nennt die österreichische Note einen Einheitsstaat, welcher in Oesterreich unausführbar und für das übrige Deutschland verderblich seyn werde, und Das, was sie an die Stelle dieses angeblichen Einheitsstaats zu setzen vorschlägt, ist nichts Anderes, als der äußerlich umgewandelte und durch die Aufnahme einer Anzahl außerdeutscher Länder erweiterte Staatenbund. Nimmt man dazu, daß die Note das von der Reichsversammlung genehmigte Gagern'sche Programm unbedingt verwirft, daß sie festhält an dem Grundsatz der Vereinbarung im weitesten Sinne des Wortes, daß sie sich in einen wenig verhaltenen Gegenfatz stellt zu der preussischen Note, daß sie die §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs als Unmöglichkeiten zurückweist, so wird es sehr zweifelhaft, ob durch dieses Altkleid der Weg der Verständigung mit Aussicht auf Erfolg eröffnet worden sey.

Unter den Protestationen und Verneinungen, mit denen die Note angefüllt ist, befindet sich nur eine positive Idee, an welche sich von der andern Seite her anknüpfen läßt: die Idee nämlich, oder vielmehr die Andeutung, daß die deutsche Staatsverfassung so eingerichtet werden müsse, daß Oesterreich mit seinem gesammten Ländergebiete, ja, daß sogar auch die Niederlande und Dänemark innerhalb dieser Verfassung Platz finden. Im Sinne dieses Planes verspricht die Note Vorlagen von Seite der österreichischen Regierung, welche dann als Gegenprojekt zu dem aus den Beratungen der Reichsversammlung hervorgegangenen Verfassungsentwurf zu betrachten seyn werden.

Wie man von so fernliegenden Endpunkten ausgehend zu einer Vereinigung gelangen könne, würde mir schwer einleuchten, auch wenn die österreichische Regierung nicht, wie die Note in ihrem drittlezten Sage zu sagen scheint, die Vereinbarung erst dann zu beginnen gesonnen wäre, wenn die Reichsversammlung ihre Verfassungsarbeiten beendet haben wird. „Gerne erwarten wir“, heißt es dort, „daß, wenn die von der Versammlung zu beschließende Verfassung den deutschen Regierungen zur Vereinbarung vorliegen wird, eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung erzielt werden könne.“ Das lautet fast, als ob die Vereinbarung nachträglich bloß unter den Regierungen stattfinden solle, als ob die österreichische Note in dem Resultat der Verfassungsarbeiten der Reichsversammlung bloß eine Art Gutachten sehe, welches den Regierungen als den zuständigen Behörden zur beliebigen Behandlung vorzulegen sey.

Nehmen wir indessen auch an, daß die Worte der österreichischen Regierung nicht in diesem bedenklichen Sinne zu verstehen seyen, so bleibt doch wenigstens immer so viel Unge-
wissenheit übrig, daß die Lösung der schwebenden Verwicklungen durch die Note sicherlich nicht als gefördert anzusehen ist; — auch dann nicht, wenn wir uns die Idee des mittel-europäischen Zentralstaates aus derselben hinwegdenken, für die man in der Paulskirche keine 50 Stimmen gewinnen wird.

Frankfurt, 12. Febr. (168. Sitzung.) Der Präsident kündigt an, daß ihm von Seiten des Reichsministeriums eine Zuschrift des österreichischen Kabinetts zur Mittheilung für den Reichstag übergeben worden sey. Einer der Schriftführer erhält den Auftrag, die Urkunde vorzulesen. Dies geschieht: es ist die Ihnen bereits bekannte Note vom 4. Februar.

Nach der Verlesung macht der Präsident den Vorschlag, die Note an den Verfassungsausschuß zur Begutachtung zu weisen. Eisenmann verlangt das Wort. Eine Antwort auf die uns amtlich mitgetheilte Urkunde sey unumgänglich; er billige den Vorschlag der Verweisung an den Verfassungsausschuß. Der Redner geht weiter auf hier umlaufende Gerüchte über, laut welchen das Reichsministerium oder der Verfassungsausschuß eigenmächtig eine Frist für die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs festgesetzt habe; er hoffe, diese Gerüchte seyen ungegründet.

Reichensperger bestreitet den Vorschlag des Präsidenten und Eisenmann's, weil der Verfassungsausschuß viel zu sehr Partei gegen die in der Note ausgesprochene Meinung genommen habe, und beantragt, einstweilen einfach sich mit der geschickenen Verlesung zu begnügen und das Recht späterer Beschlüsse vorzubehalten.

Giskra verlangt, daß ein besonderer Ausschuß zu Begutachtung der Note und zu etwaiger Einleitung einer Verständigung gewählt werde.

Beseler beantragt, daß man zur Tagesordnung übergehe und die Note einfach an den Verfassungsausschuß verweise. Heintzsch begehrt das Wort. Allgemeine Stille. „Ich kann“, sagt er, „die österreichische Note nicht als eine Antwort auf die mir übertragene und von mir begonnene Unterhandlung mit dem Wiener Kabinett betrach-

ten, und hierüber ist auch der österreichische Bevollmächtigte mit mir einverstanden.“

Rehrer Redner, Kössler von Dels und Berger aus Wien, sprechen gegen Beseler's Antrag und verlangen Niederlegung eines eigenen Ausschusses.

Künßberg aus Bayern: „Schon vor 4 Wochen habe ich die Nothwendigkeit hervorgehoben, daß eine Revision der vom Verfassungsausschuß vorgelegten und von dem Hause in erster Lesung genehmigten Entwürfe eingeleitet werde, weil der Verfassungsausschuß keinen Bundesstaat, sondern einen Einheitsstaat wolle. Die österreichische Note stimmt mit meiner Ansicht vollkommen überein, und ich wiederhole meinen früher gestellten Antrag.“

Fuchs aus Breslau donnert gegen die Note. „Wir sind“, sagt er, „noch nicht so weit gesunken, daß uns Nichts übrig bliebe, als nach der Pfeife der Diplomaten zu tanzen; wäre dies der Fall, so würde auch ich rathen, den Verfassungsausschuß aufzulösen und dafür einen Vereinbarungsausschuß zu wählen. Ich stimme für Verweisung an den Verfassungsausschuß.“

Venedey klagt über die Note, widerräth aber dennoch die Verweisung an den Verfassungsausschuß.

Kieser beantragt die Verweisung an den Verfassungsausschuß in milden, veröhnenden Worten.

Die Debatte wird geschlossen. Man schreitet zur Abstimmung. Die Vorschläge von Künßberg und Reichensperger werden mit großer Mehrheit verworfen. Der Antrag, die Note dem Verfassungsausschuß zu übergeben, geht durch, und somit hat die österreichische Partei eine nicht unbedeutende Schlappe erlitten.

Martini stellt die Anfrage, ob das Reichsministerium den früher von Schmerling gegebenen Versicherungen gemäß an den Brüsseler Verhandlungen über die italienische Frage Theil genommen habe?

Reichsminister v. Gagern erklärt, diese Frage nächsten Donnerstag beantworten zu wollen.

Uebergang zur Tagesordnung, d. h. zur Verathung des §. 43 der Grundrechte. Dieser Paragraph lautet so:

Jede deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung 1) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter, 2) die selbständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, 3) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushaltes, 4) Offenheit der Verhandlungen, so weit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten, 5) allgemeine Bürgerwehr.

Die Ordnung der Bürgerwehr und ihr Verhältnis zur allgemeinen Wehrpflicht wird ein Reichsgesetz bestimmen.

Schulz aus Weilburg verlangt, daß die Gemeindeverfassung, die er dankbar annehme, durch eine entsprechende Gau- oder Kreisverfassung ergänzt werde.

Ragel aus Bayern spricht für den Text des Entwurfs, indem er sich weillässig auf seine Erfahrungen als Beamter beruft.

Rheinwald aus Württemberg empfiehlt eine möglichst freie Gemeindeverwaltung, und bestreitet einige von Angehörigen der Bürokratie gestellte Verbesserungsvorschläge.

Evertsbusch, ein evangelischer Kanzelredner aus Westphalen, läßt sein geistliches Licht zur Empfehlung der Sätze des Paragraphen leuchten.

Räder aus Oldenburg verlangt die Aufnahme des Zusatzes, daß die Vorsteher der Gemeinde von Zeit zu Zeit abtreten und durch neue Wahlen ersetzt werden sollen.

Raumann aus Frankfurt a. D. bekämpft die Hereinziehung des Satzes über Bürgerwehr in den Paragraphen und will dem Staat ein Recht der Obergewalt über die Gemeindeverwaltung vorbehalten wissen.

Da keine weiteren Redner eingeschrieben sind, vertheidigt Beseler, als Berichterstatter des Ausschusses, kurz den Inhalt des Entwurfs.

Man schreitet zur Abstimmung; erst bringt der Präsident die Verbesserungsvorschläge zur Unterstüßung.

Die Sätze des §. 43 werden mit Ausnahme der Worte „allgemeine Bürgerwehr“ angenommen. Sämmtliche Verbesserungsvorschläge fallen durch.

Uebergang zu §. 44, welcher so lautet:

Jedes Grundstück muß einem Gemeindeverband angehören. Beschränkungen wegen Waltungen und Wäsenen sind der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Moriz Wohl empfiehlt unbedingte Annahme des ersten Satzes, rath dagegen, den zweiten, der den leitenden Ideen des ersten widerspreche, zu streichen.

Wüth von Sigmaringen erklärt sich im Interesse der Gemeinden für Beibehaltung des zweiten Satzes, weil sonst durch die Nothwendigkeit der Führung von Wegen u. dgl. Kosten für Gemeinden erwachsen würden.

Beseler, als Berichterstatter des Ausschusses, empfiehlt die Beibehaltung beider Sätze, und bestreitet ein von der Minderheit des Ausschusses gefälltes Gutachten, kraft dessen jeder volljährige, selbständige Deutsche Mitglied einer Gemeinde zu seyn verpflichtet wird.

Man schreitet zur Abstimmung. Der erste Satz des §. 44 wird mit großer Mehrheit, der zweite mit 181 gegen 157 Stimmen angenommen. Für den letztern Satz hatte näm-

lich eine Zettelabstimmung stattgefunden. Die vorgeschlagenen Zusätze fallen durch.

Viele Stimmen verlangen Vertagung der weiteren Verathung auf morgen. Der Antrag erhält die Mehrheit. (Schluß der Sitzung: um halb 2 Uhr.)

Der vaterländische Verein in Nastatt an seine Mitbürger.

Seit mehreren Monaten besteht in Nastatt ein vaterländischer Verein, in Verbindung mit solchen Vereinen in Mannheim, Karlsruhe, Weinheim, Eppingen, Sinsheim, Baden, Rheinbischofsheim, Sulzburg, Kandern, Lörrach, und Thiengen.

Alle diese Vereine haben sich zum Zwecke gemacht und in gemeinschaftlichen Satzungen ausgesprochen:

Beförderung der Einheit und Kraft des deutschen Volkes.

Unbedingte Unterwerfung unter die Centralgewalt und Reichsversammlung; Erringung und Erhaltung der Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes auf geglichem, verfassungsmäßigem Wege.

Aufsuchung und Anwendung aller Mittel zur Hebung der Bildung, der Wehrhaftigkeit, und des nationalen Wohlstandes des Volkes, so wie zur Verbesserung der Lage der ärmern, besonders der arbeitenden Klassen.

In neuester Zeit wird von Mannheim aus aufgefordert zur Bildung und Organisation von Volksvereinen. Eine Auswahl Männer, die denselben Namen „Landesausschuß“ tragen, wie ihn der leitende Vorort der vaterländischen Vereine längst angenommen hat, macht diese Aufforderung kund.

Der Zweck dieser Volksvereine wird in den bis jetzt von dem provisorischen Ausschusse in Mannheim unter dem Vorsitz des Hrn. „L. Brentano“ ausgegebenen Drucksachen als bekannt vorausgesetzt, und keineswegs genau und deutlich angegeben.

Dieser Umstand muß bei jedem besonnenen Manne Bedenken erregen.

Der Landesausschuß der vaterländischen Vereine in Mannheim hat deswegen auch schon das badische Volk vor jenen Volksvereinen gewarnt.

Der vaterländische Verein in Nastatt stellt seinen Mitbürgern den Unterschied zwischen den vaterländischen Vereinen und den neu zu organisirenden Volksvereinen unter Anführung des Hrn. L. Brentano dar, und überläßt Jedermann die Wahl, auf welche Seite er sich schlagen will; denn in politisch wichtigen Zeiten muß jeder Bürger entschieden seyn.

Wir, die vaterländischen Vereine, haben nicht, wie man böswilliger Weise zu verbreiten sucht, reaktionäre Bestrebungen zur Aufgabe. Wir sind keine Werkzeuge Derer, welche die Hoffnungen und Errungenschaften des deutschen Volkes verkümmern oder vernichten wollten. Wir wollen nicht dem Volke den Genuß der erhaltenen und verbürgten Rechte entziehen, vorenthalten, oder erschweren. Wir wollen darum, wie die neuen Volksvereine, in volkshreundlichem Sinne wirken; wir wollen, wie sie, mit gleichgestanten Vereinen in ganz Deutschland in Verbindung treten, wie Dieses von uns bereits geschehen ist mit vaterländischen Vereinen in Gießen, Kassel, Leipzig, Hannover. Wir bemühen uns deshalb auch, für unsere Vereine immer mehr Boden zu gewinnen.

Dieses ist es, was wir, die vaterländischen Vereine, mit den Volksvereinen gemeinschaftlich haben.

Wir sind aber den Volksvereinen entgegengesetzt:

1) In unserm Zwecke, in Dem, was wir, wie oben gesagt, bestimmen und klar wollen, während die Volksvereine Dies nicht sagen. Wir gebrauchen offen und ohne Scheu die Worte „Volksherrschaft“, „politische Reform“, „soziale Reform“. Wir sagen es aber auch eben so offen, daß wir unter diesen Worten verstehen weder „die willkürliche Herrschaft der Menge“, noch „den gewaltsamen Umsturz bestehender Verhältnisse, noch die „widerrechtliche Theilung des Eigenthums.“

2) In den Mitteln, unsern Zweck zu erreichen. Als erstes Mittel zur Erreichung unseres Zweckes haben wir die politische Bildung unserer Mitbürger und ihre Erziehung zu politischen, entschiedenen Charakteren. Ueber Aufstände, wie wir sie in unserm engen Vaterlande gesehen, sprechen wir kein Bedauern wegen ihres Mißlingens aus, sondern eine Mißbilligung derselben, weil sie uns nebst dem Glend, das sie uns brachten, große Hindernisse in der politischen Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes in den Weg legten. Wir wollen eine gesetzmäßige, ruhige Entwicklung unserer Zustände. Wir billigen aber auch politische Aufregung und gemeinsames Wirken, die sich bis zum gesetzlichen Widerstande steigern können, wenn es gilt, verwerflichen Aufbruch zu bekämpfen, die gefährliche Macht einer Willkürherrschaft zu brechen, und sich jeder Gewalt zu widersetzen, welche unveräußerliche Volksrechte verlegt. Wir sind deswegen Feinde des bewaffneten Aufstandes wie der Gewaltherrschaft. Die Schranken des Gesetzes sind uns heilig.

3) In der Hinweisung auf Frankreich. Wir wollen kein

Seil von fremden Völkern. Wir wissen zu gut, daß unsere Zustände keine Vergleichung zulassen mit einem bereits seit Jahrhunderten einheitlich gestalteten Reiche, und geben Das, was wir bereits durch unsere Reichsversammlung in Frankfurt errungen haben, wie mangelhaft es auch noch ist, noch nicht um Das, was man anderwärts als großes Glück preist.

4) In der Wahl der Organe der Presse. Wenn wir auch das Gute nicht verkennen, das Blätter haben, welche in politischen Bestrebungen immer weiter und weiter drängen, so billigen wir doch weder den Zweck noch die Art und Weise der politischen Bestrebungen, wie sie die „Mannheimer Abendzeitung“, die „Seebblätter“, und die „Republik“ fund thun.

5) In Beziehung auf Eintreibung und Verwendung von Geldern, die nach Anordnung der Volksvereine durch eine besondere Besteuerung des Bürgers aufgebracht werden sollen. Die in 16 Paragraphen vorliegenden Statuten der Volksvereine beschäftigen sich größtentheils mit dem Aufbringen und Sammeln von Geldern, welche wöchentlich zwar nur drei-Kreuzer-weise von den Bürgern erhoben werden sollen, aber doch namhafte Summen betragen können.

Wer in dieser allgemeinen Zeit der Bedrängniß den Bürger mit einer neuen Steuer belastet, und die eingesammelten Gelder für Gott-weiß-was verwendet (denn die Statuten der Volksvereine sagen Nichts davon, wie es damit gehalten werden soll), der mag sich, und wenn er auch auf Kosten der Gesellschaftskasse das Land bereist — einen Freund des Volks nennen; wir glauben es nicht, daß er ein solcher ist.

Wir heben diesen Punkt besonders hervor, um Verdächtigungen und der gegen die vaterländischen Vereine verbreiteten Meinung zu entgegenen, als sey der Beitritt zu denselben kostspielig. Wir wollen keine Gelder vom Bürger erheben, seine ständigen Ausgaben nicht mit einer weitem vermehren, wir bestreiten aus freiwilligen Beiträgen lediglich unsere Drucksachen, in denen der Verein seine Thätigkeit fund thut, und erklären hiermit, daß der Beitritt zum vaterländischen Verein unentgeltlich ist.

Schließlich gibt der vaterländische Verein in Raftatt den Volksvereinen die Antwort, welche die Schwaben dem Märzverein in Frankfurt, dem Stammvater der Volksvereine, gegeben haben, und knüpft daran die Aufforderung an alle wahrhaft freiheitsliebenden Bürger, sich ihm anzuschließen und mit vereinten Kräften das Wohl des Vaterlandes zu fördern.

Deutschland.

— Vom Rhein, 5. Febr. In Ihrem Blatte ist seitlicher allen den Erscheinungen, welche auf die Massenverarmung sich bezogen, eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Es verdient Dies alle Anerkennung, war aber auch notwendig, denn die Verarmung zieht sich wie der rothe Faden durch alle unsere politischen Zustände.

In diesen Tagen erschien in Raftatt eine kleine Schrift, betitelt: „Zur Verarmungsfrage, mit besonderer Berücksichtigung des Großherzogthums Baden, von Domänenrath D. Abegg“, welches Schriftchen das lebhafteste Interesse erregt.

Der Verfasser greift die Sache gleich frisch an. Er sagt, man muß es sich nicht verbieten lassen, die Ursachen der Verarmung in Gemeinden u. sogar familienweise genau zu untersuchen, und dann mit den gefundenen richtigen Mitteln helfen. Er gibt auch an, in welcher Weise diese Untersuchungen vorgenommen werden sollen.

Als Ursachen der Verarmung hebt die Schrift hervor: 1) Krankhafte, gebrechliche oder mangelhafte körperliche Zustände; 2) mangelhafte Befähigung und Ausbildung zu einem Berufsgeschäfte; 3) Arbeitslose und Sorglosigkeit in Folge von Entfittlichung und Verbrechen; 4) Unglücksfälle in der Wirtschaft; 5) unzureichende Beschäftigung und Bezahlung; 6) unzureichende Bezahlung bei voller Beschäftigung; 7) unzureichende administrative Vorkehrungen zur Wirtschaftsentwicklung. Diese Ursachen wirken natürlich nicht rein, sondern in verschiedenen Mischungen und Verbindungen mit einander.

Einen Beleg zu einer speziellen Untersuchung der Verarmungsursachen gab England, als es die Vorbereitungen zu seiner Armengesetzgebung von 1834 traf.

Höchst interessant sind die Notizen, welche das Schriftchen zur Beleuchtung der einzelnen Verarmungsursachen aus den dem Verfasser zugänglich gewesenem Materialien gibt. So lernen wir aus den Notizen zu der Ursache Ziff. 1, daß eine große Menge solcher unglücklichen Kranken noch sehr schlecht besorgt ist und doch das Land viel Geld für sie ausgibt. Ueber die Verschlingung der physischen und physischen Ursachen von Handlungen, die als Verbrechen betrachtet werden, sind schätzenswerthe Nachrichten mitgetheilt. Mit Recht wird den Ärzten eine wichtigere Aufgabe hierbei gestellt, als bisher geschah.

Vollkommen richtig finde ich auch die bei Ziff. 2 ausgesprochene Ansicht des Verfassers, daß aller Fachunterricht im Allgemeinen nach den Beschäftigungsgruppen des Landes eingerichtet werden müsse, und eben so richtig scheint mir die Behauptung, daß der landwirtschaftliche Unterricht bei uns seitler stark vernachlässigt worden ist; für eine landwirtschaftliche Bevölkerung von 109,850 Familien mit 561,330 Köpfen nur eine Landwirtschafts-Schule, und diese erst seit kurzem, für 20 junge Leute!!

Bei Ziff. 3 wird durch statistische Nachweisungen aufs Klarste dargelegt, daß trotz unserm Strafsysteme die Zahl der Verbrechen nicht abgenommen hat. Die Regelmäßigkeit in der jährlichen Zahl der Verbrechen deutet der Verfasser auf regelmäßige Ursachen. Solche lassen sich finden, ja sie sind zum Theil schon gefunden, und nun werden die Mittel angegeben, wie auf eine eben so einfache wie zweckmäßige Weise diese regelmäßigen Verbrechenursachen gehoben werden sollen. Welche Ersparnisse der Staatskasse dadurch

entstünden, ist bemerkenswerth, wenn man erwägt, daß die Strafrechtspflege jährlich etwa 1/2 Million kostet.

Höchst betrübend sind die Nachweisungen über die Bettlerzunahme, überraschend das Zahlenverhältniß der Bettler zu den Kornpreisen.

Unsere Handelslage zwischen Rhein und Donau ist vortrefflich aufgefaßt; eben so die Aufgabe der deutschen Eisenbahnen und deren natürliche Gelege. Die wichtige Lage von Mannheim wird in wenigen Sätzen sehr gut herausgehoben.

Interessant ist am Schluß des Schriftchens die Schilderung des Kommunismus und Sozialismus. Mit Recht erkennt der Verfasser in dem ersteren ein Produkt geistiger Erschlaffung, das aber ideengefeglich dem Kapitale so oft entgegen tritt, als dieses durch Egoismus an seinem eigenen Ruine arbeitet.

Das ganze Schriftchen ist mit Ruhe und mit dem Gepräge eines freien, unbefangenen Beobachters unserer Zustände geschrieben, was dem Leser sehr wohl thut. Man kann nur wünschen, daß auch Andere von dieser Schrift Anlaß nehmen, ihre Untersuchungen und Beobachtungen in solcher Weise der öffentlichen Prüfung zu übergeben.

— Gerlachshelm, 10. Febr. Bisweilen kann es sich einer oder der andere der sogenannten Republikaner nicht versagen, seinem Ingrimm darüber Luft zu machen, daß er bei uns so sehr den Prediger in der Wüste spielen muß: dann liefert er dem Mitarbeiter eines gesinnungsverwandten Karrikaturblattes Material zu Zerrbildern seiner hervorragensten Gegner. So wurden neulich im „Volks(hinter)führer“ die Bürgermeister im Gau, die als unabhängige und freisinnige Männer bekannt sind, Amtmanns-Bürgermeister genannt, und der Apotheker Röder hier, ein junger Mann, der mit wahrer Freiheitsliebe eine Thatkraft und Nüchternheit verbindet, wie sie allen konstitutionellen empfohlen werden dürfte, ein pfäffisch und knechtisch gesinnter Krebsgänger geheißen. Die Lösung des Räthsels besteht darin, daß jene seiner Zeit die Amnestiepetition nicht unterzeichneten und Dieser seiner Ueberzeugung gemäß eine Petition gegen die Kammerauflösung zu Stande brachte.

Dieselben werden sich wohl zu trösten wissen über ihre Verträts; ja, sie können in der That stolz darauf seyn, in einem Blatte geschimpft zu werden, das in derselben Nummer über den hochverehrten Staatsrath Beck loszieht. Wohl in Deutschland und Frankreich wird dieser Mann der einzige Minister seyn, der das Steuerruder eines Staatschiffes durch alle Stürme und Brandungen des verfloffenen Jahres hindurch zu handhaben vermochte. Wer Dies in einem Lande, wie Baden, thun konnte, das nach allen Seiten hin von Aufruhr unterwühlt war, der hat wahrhaftig eine seltene Probe seines staatsmännischen Berufes abgelegt. Er verdient die Anerkennung nicht nur des badischen Volkes, sondern der gesammten deutschen Nation; er verdient die Bewunderung des Auslandes. Daß er am Ruder war, als die Märzstürme hereinbrachen, Das verdanken wir unserm Fürsten und zunächst dem muthigen Herolde der deutschen Parlamente, unserer Zweiten Kammer.

Einer spätern Zeit bleibt es vorbehalten, die Verdienste dieses Staatsmannes in vollem Maße zu würdigen; ein Blatt aber, das solchen schimpflichen Angriffen gegen einen Mann, wie Staatsrath Beck ist, seine Spalten öffnet, das hat sich schon damit allein vor aller Mitwelt verdammt, wenn Dies nicht ohnehin wegen seiner umstürzenden und wahnwitzigen Tendenz, die aus jeder Zeile spricht, der Fall wäre.

— Raftatt, 13. Febr., Morgens 11 Uhr. Die Bürgermeister-Wahl ist beendigt; so eben wird der neugewählte Bürgermeister Sallinger, auf den sich alle Stimmen gegen eine (112 gegen 1 Stimme) vereinigt haben, in feierlichem Zuge nach dem Rathhaus geleitet.

— Freiburg, 12. Febr. Unser Landvolk erwacht wieder aus dem Taumel, in den es theilweise durch das von den Wählern ihm beigebrachte Gift versetzt worden ist. Die kräftigen Naturen unserer Gebirgsbewohner konnten nicht auf lange von demselben niedergehalten werden: der in ihnen wohnende gesunde Verstand kommt wieder zum Erwachen, — zum großen Verdruß unserer allein selig machen wollenden Volksbeglückler. Ein Proöben hievon erhielten wir vor einigen Tagen in einer Kreisversammlung des Freiburger Volksvereins in dem Orte Kirchzarten.

Hr. Advokat v. Rotteck, vor kurzem aus der Verwahranstalt in Bruchsal gegen Sicherheitsstellung entlassen, und von Hr. Brentano zum Vorstand des von ihm dazwischen niedergelegten Kreisauschusses der Volksvereine ernannt, hatte eine Volksversammlung nach dem Orte Kirchzarten ausgesprochen, wogegen die Gemeinde Kirchzarten sich die Freiheit nahm, zu protestiren und sich den ungebundenen Besuch zu verbitten; eben so die Bürgermeister mehrerer anderen Orte der Umgebung, was sie dem Hr. Volksvereins-Ausschussvorsitzer vermelden ließen. Hr. v. Rotteck legt aber seinen souveränen Kopf auf und sagt: „die Volksversammlung wird doch in Kirchzarten gehalten“; die Kirchzarter haben aber auch souveräne Köpfe zum Aufsetzen, eine Anzahl kräftiger Bürger, beurlaubter Soldaten, und insbesondere gutgebaute Grobschmiede aus der Gegend sagen: „So sollen sie in Gottes Namen kommen, wir sind schon da.“ Der Bürgermeister läßt aber dem Hr. Vorstand nochmals vermelden, wie der Wind aus dem Hölenthal blase, und daß die Volksversammlung in Zarten ein sonderbares Himmelreich finden werde.

So kam der Tag der ausgeschriebenen Versammlung und brachte den auf die Gänge gerichteten Kirchzartnern — ein nicht abbestelltes Schulmeisterlein und einen abgedankten Bürgermeister, die vor dem Dorf wieder kehrt machten und die Köpfe mehr rüd- als vorwärts gedreht Arm in Arm in einem dunkeln Waldpfade bald wieder verschwanden.

Ein Herr aus Freiburg hat dem Bürgermeister Mittag im Löwen gesagt, sie hätten recht gethan; „denn Leute, die

nur immer die Hölle frisch anschüren wollten, gehörten nicht ins Himmelreich, sondern anderswohin.“

Wie aber der Hr. Kreisauschuss-Vorsitzer dem Hr. Generalissimus der Volksvereine, Brentano, die Meldung von der verunglückten Volksversammlung machte, soll dieser gemeint haben, das sey eine verdammte und unerlaubte Volksouveränität, und die Kirchzarter seyen ein dummes Bauernvolk, die er Mores lehren werde, wie er die Gewalt dazu habe. (Zum Glück hat er sie noch nicht.)

So sind die Ansichten eben verschieden; wir halten's mit dem Freiburger Herrn.

— Nürnberg, 6. Febr. (Nürnberg. Kor.) Von den 692 durch das letzte Hochwasser in hiesiger Stadt Beschädigten wurden, laut authentischen Mittheilungen, folgende Beträge des erlittenen Schadens angegeben: an Grundbesitz 41,355 fl.; an Waaren hiesiger Einwohner 231,709 fl.; an Waaren der Meßfrämer 88,000 fl. und nachträglich noch 11,000 fl. Die zur Unterstützung der Beschädigten veranstaltete Kollekte hat einen Ertrag von — 5420 fl. geliefert.

— Kassel, 7. Febr. (K. a. 3.) In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung wurden folgende Anträge zu Beschlüssen erhoben:

1) Die Ständeversammlung hält es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für dringend notwendig, daß der kaiserliche Bevollmächtigte bei der provisorischen Zentralgewalt über alle durch die preussische Zirkularnote angeregten Fragen sofort Instanzuktion erhalte.

2) Sie erachtet den Titel des Reichsoberhauptes zwar für minder wichtig, würde aber mit desto größerer Freude einen Beschluß der deutschen Nationalversammlung begrüßen, durch welchen die Erblichkeit der Oberhauptwürde ausgesprochen würde.

3) Sie hält es bei der gegenwärtigen Sachlage nicht für zweckmäßig, irgendwelche Aenderung der bisher gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung zu beantragen, erachtet es aber für geboten, daß durch offene Erklärung jeder Zweifel beseitigt werde, als ob Seitens der Regierung oder der Ständeversammlung Kurheßens den bisherigen Beschlüssen der Nationalversammlung über die deutsche Verfassung die Anerkennung fehlen könne.

4) Sie beschließt endlich, diese Ansichten hoher Staatsregierung in der Hoffnung auf ein vollständiges Einverständnis mit derselben über diese Lebensfrage des großen Vaterlandes mitzutheilen.

— Weimar, 8. Febr. Seit einigen Tagen sind hier die Konferenzen der Bevollmächtigten der thüringischen Staaten zum Zweck der Bildung einer combinirten thüringischen Truppendivision eröffnet. Die dringenden Mahnungen des Reichs-Kriegsministeriums und die Nothwendigkeit, die bis jetzt nachgelassene Stellung von Artillerie und Kavallerie zu beschaffen, haben endlich die Einigung herbeigeführt, und werden dem bisherigen Krähwinkelwesen ein Ende machen, wo das Kontingent einzelner Souveräne nicht zahlreich genug war, um je Bataillonsübungen anstellen zu können, und wo von den zu einem Bataillon vereinigten Truppen die eine Hälfte nach dem preussischen, die andere nach dem bayrischen Reglement exerzirte.

— Leipzig, 4. Febr. (Deutsche Reichs.) Die Kammern sind wirklich trocken; es führen in ihr gerade die Männer das Wort, welche auch die Bildung des Gegenparlamentes in Berlin betrieben, mit welchem sie die Frankfurter Versammlung aus dem Sattel zu heben gedachten. Der demokratische Kongreß sollte gleich eine Art von zweiter Kammer des projektierten Konventes abgeben; Helbig und Tschirner waren ab und zu nach Berlin und Frankfurt gegangen, um von Schaffrath, der jetzt eine Art Direktor abgibt, das Stichwort zu holen. Was sich damals in Berlin nicht durchsetzen ließ, soll nun bei uns in anderer Weise aufgeführt werden. Doch begreifen schon Viele, daß es so nicht geht, daß ein gedeihliches Ende nicht abzusehen ist; sie fürchten ein Ministerium Carlows, das etwa den Ministerien Manteuffel und Stadion entspräche.

Aber dahin wird es nicht kommen; an eine Auflösung ist nicht zu denken, und sie wäre ohnedies eine Thorheit. Denn eben weil die Kammern als ein Produkt der Majorität, wie sie gegenwärtig ist, zu betrachten sind, würde eine Auflösung dieselben Männer wieder in die Volksvertretung bringen. Diese Deputirten werden schon selbst dafür sorgen, daß sie von ihren eigenen Wählern als eine Last betrachtet werden, und dann fallen sie von selbst bei Seite. Ein Mann wie Schaffrath, dessen ganze Stärke in einer allerdings seltenen Effronterie und Dreistigkeit besteht, kann sich auf die Dauer nicht behaupten, und es ist gut, daß er und sein Anhang mit allen ihren Herzenswünschen so ganz unverfälscht hervortreten. Denn was die Führer etwa noch verschweigen, damit plagen die biederben Männer, denen parlamentarische Gewiezigkeit abgeht, sehr unverhohlen heraus. Wenn Hr. Schaffrath einmal in Frankfurt sagte, Volksmänner brauchen Nichts zu beweisen, so findet diese Maxime unter seinen Freunden den lebhaftesten Anklang.

Das Ministerium büßt jetzt seine Fehler; es kokettirte mit den Herren, spielte Hebamme für sie bei den Wahlen, und liegt nun auf einem Lager, das aus lauter Dornen und gar keinen Rosen besteht. Von der Forbten ist ein Mann von feinen Formen und guter Sitte: ihm ist unbehaglich zu Muth; Oberländer vertritt das Toben seiner Freunde noch am ehesten: er ist ihr Schooßkind; Braun hält sich möglichst zurück und schüßt seine Kränklichkeit vor, die keine gemachte ist; Tott wird schon theilweise misstrauisch angesehen, denn er ist ein Mann von Verstand und hat in Frankfurt Etwas gelernt. Unsere Koryphäen ertragen seinen Widerspruch und seine Mahnungen ungerne; indessen hat er einmal in einem schwachen Augenblicke von sächsischer Freiheit gesprochen, und Das söhnt diese Leute mit ihm aus. Man muß eben nun die Kammern weiter hantieren lassen, und hoffen, daß der öffentliche Verstand und der deutsche Sinn allmählig wieder zu ihrem Rechte gelangen.

Wäre der Mittelstand, welcher sich so gern gebildet nennt,

ten nicht
em Hrn.
Nebung
ll dieser
laube
dummes
Gewalt
en's mit
92 durch
en wur-
räge des
355 fl.;
Baaren
1,000 fl.
Kollekte
Sigung
zu Be-
genwär-
der kur-
Zentral-
angereg-
war für
de einen
grühren,
de aus-
nicht für
gefahnen
erachtet
er Zwer-
der
schließen
lung die
taatsre-
erstän-
Bater.
ind hier
ngischen
hüringi-
Rahnum-
ndigkeit,
und Ka-
er beige-
esen ein
uweräne
anpfele-
ereinig-
andere
ammern
laments
er Ber-
Der
Kam-
ig und
gert ge-
urt ab-
Berlin
Weise
es so
ist; sie
u Mini-
sung ist
Den
wie
auflösung
bringen.
daß sie
werden,
nun wie
seltenen
Dauer
ang mit
hervor-
weigen,
atariße
enn Hr.
rauchen
seinen
okettirte
Wahlen,
nen und
Mann
glich zu
Freunde
ält sich
eine
ange-
Franken
seinen
hat er
er Frei-
aus.
lassen
deutsche
neunt,

energischer aufgetreten, hätte er statt zu Whistkarten zu
Wahlzetteln gegriffen, und statt Parteien zu arrangiren,
Parteien organisiert, so wären die Kammern befriedigender
ausgefallen. Handelte es sich nicht um die Angelegenheit
des deutschen Vaterlandes, dann könnte man diesem „gebil-
deten“, aber politisch trägen Mittelstande die herbe Nieder-
lage wohl gönnen, die — sein eigenes Werk ist.

Schleswig, 6. Febr. Die preussische Zirkularnote
und speziell die zweifelhafte Fassung desjenigen Satzes,
welcher des Verhältnisses der Herzogthümer zu dem engern
deutschen Verband erwähnt, hat jetzt auch die Landesver-
sammlung zu einem offiziellen Schritte veranlaßt, zu einer
Adresse an den Reichsverweser, in welcher es namentlich
heißt: „Holsteins Recht auf Theilnahme am deutschen Bun-
desstaat kann nun und nimmermehr aufgegeben werden, und
jeder Plan, der dahin gerichtet wäre, Holstein in ein minder-
wertiges Verhältnis zum übrigen Deutschland zu stellen,
würde auf den entschiedensten und allgemeinsten Widerstand
in unserm Lande stoßen.“ Und die Adresse übertrifft darin
nicht. Deputationen auf Deputationen aus allen Theilen
des Landes erscheinen Tag für Tag vor den Schranken der
Versammlung, um einstimmig und kräftig gegen die Lösung
eines Bundes zu protestiren, dessen Jungheit die Ereignisse
des letzten Jahres noch feier geknüpft. Deutschland kann
das durch und durch deutsche Holstein nicht aufgeben: aber
wollte und könnte Deutschland auch Holstein aufgeben, Hol-
stein wird nie von Deutschland lassen.

Inzwischen scheint die gemeinsame Regierung die Besorg-
nis zu hegen, daß die Aufregung des Landes zu übereilten
Schritten Anlaß geben möchte; wenigstens ist eine Rück-
sichtigung auf das Anerbieten der Landesversammlung, ihr
alle Mittel zu den ausgebehtesten Mächtigungen im voraus zu
bewilligen, stark auf Abkühlung berechnet, denn dieselbe
weist, unter dankbarer Anerkennung der ausgesprochenen
Bereitschaft, doch zunächst auf die Waffenstillstands-
konvention und dann auf den Umstand hin, daß hinsichtlich
des Umfangs und der Ausführung der Mächtigungen die An-
ordnungen der Zentralgewalt zu beachten seyn würden.

Berlin, 4. Febr. (Köln. Z.) Temme's Freilassung aus
der Haft ist bekanntlich durch einen Kompetenzkonflikt um
einige Wochen verzögert worden. Wir sind bei dieser Ge-
legenheit auf eine Lücke in der Gesetzgebung aufmerksam
geworden, welche auszufüllen eine der dringendsten Auf-
gaben der nächsten Kammer seyn wird.

Wie wir wissen, hatte nämlich Temme das Oberlandes-
gericht in Münster, welches als forum domicilii und als forum
deprehensionis die Untersuchung wider ihn eingeleitet hatte,
perhorreszirt, und es war in Folge dessen von Seiten des
Justizministers das Oberlandesgericht in Paderborn beauf-
tragt worden, die Untersuchung zu führen. Das letztere
lehnte indeß den Auftrag ab, weil nach der Verfassung vom
5. Dezember alle Ausnahmegerichte unterjagt seyen, Nie-
mand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe, und
der Justizminister demnach nicht berechtigt erscheine, ein an-
deres als das gesetzlich kompetente Gericht mit der Führung
einer Untersuchung zu beauftragen. Der Justizminister be-
trieb sich zwar auf die Bestimmungen der Kriminalordnung,
wonach er in den Fällen, wenn ein Obergericht perhorreszirt
wird, berechtigt sey, ein anderes Obergericht zu delegiren, so
wie auf eine Kabinettsorder von 1834, wonach, im Falle das
Oberlandesgericht zu Münster perhorreszirt oder verhindert
werden sollte, das Obergericht zu Paderborn im voraus
ein- für allemal als das substituirt Gericht bezeichnet sey,
und folgerte daraus, daß das letztere demgemäß in der
Temme'schen Untersuchung als das gesetzlich kompetente Ge-
richt betrachtet werden müsse. Allein das Kollegium ver-
harrte bei seiner Ansicht und lehnte jede Einwirkung in der
Sache entschieden ab.

Der Justizminister hätte nun noch die Entscheidung des
Königs einholen können; und jedoch den Angeklügten unter
diesem Jurisdiktions-Konflikte nicht länger leiden zu
lassen, zog er es vor, seine Freilassung anzuordnen und die
weitere Schritte dem Staatsanwalt des Kammergerichts zu
überlassen. In dem vorliegenden Falle war es möglich,
diesen letztern Ausweg zu wählen, da das Kammergericht
als forum delicti commissi nach den bestehenden Gesetzen kom-
petent ist, die Untersuchung wider Temme zu führen. Allein
es fragt sich: wenn die Ansicht des Oberlandesgerichts zu
Paderborn richtig ist — und es läßt sich nicht leugnen, daß
sie Vieles für sich hat — was soll dann geschehen, wenn die
fora domicilii, delicti commissi und deprehensionis, wie dies
sehr häufig der Fall ist, in einem Gerichtshofe zusamen-
treffen, und dieser von dem Angeklügten perhorreszirt
oder sonst an der Ausübung der Rechtspflege verhindert
wird? Ist der Justizminister nicht mehr, wie bisher, befugt,
in einem solchen Fall ein anderes Gericht zu delegiren, so
würde die Folge davon seyn, daß es dann überhaupt an
einem kompetenten Gerichtshofe fehlen und somit gegen den
Angeklügten weder Untersuchung noch Strafe möglich
seyn würde.

Es ist einleuchtend, daß diesem Uebelstande schleunigst ab-
geholfen werden muß. Wie wir hören, sollen auch bereits
Vorbereitungen getroffen seyn, um im Wege der Gesetz-
gebung die vorhandene Lücke zu ergänzen, und ähnlichen
Faktalitäten, wie sie bei Temme vorgekommen sind, für die
Zukunft vorzubeugen.

Berlin, 10. Febr. Heute Morgen versuchte der ehe-
malige Abgeordnete für Striegau, Referendar Schramm,
sich trotz der Ausweisung abermals in die Stadt einzudrän-
gen. Den ihn erkennenden Schutzmännern suchte er durch
die Flucht zu entziehen. Er hielt erst Stand, als ihn ein
Soldat mit Niederschießen bedrohte, sprach aber die Dro-
hung aus, nach Sibirien auszuwandern, wenn solches Be-
nehmen der Behörden nicht bald aufhöre. Schramm scheint
gleich Rodbertus den Berlinern Anlaß geben zu wollen, ihn
des Skandals wegen zu wählen; aber die Berliner werden
sich nicht zum zweiten Male berücken lassen.

Heute wurde der Büchsenmacher Siebert vom hiesigen
Kriminalgerichte wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jah-
ren Zuchthaus nebst Verlust der Nationallokaide verurtheilt;
dagegen wurde der unter gleicher Anklage vor Gericht ge-
stellte Privatsekretär Krause aus Danzig von der Anklage
entbunden.

Berlin, 10. Febr. Wie man hört, wird bis zum
Frühjahr die Bildung eines Marinebataillons vollendet
seyn. Das Bataillon wird aus 800 Mann bestehen. Diese
800 Mann werden die Bemannung der 40 Kanonenjollen,
deren Vollendung ebenfalls im Frühjahr in Aussicht steht,
bilden. Uebrigens versichert man, daß eine Verlängerung
des Waffenstillstandes mit Dänemark zu erwarten stehe.

Professor Vegas hat im Auftrag des Königs den Meister
Peter v. Cornelius für die Gallerie berühmter Männer gemalt.
Das Bildniß wird von den ersten hiesigen Kunst-
kennern als ein wahres Kunstwerk erachtet. Cornelius ist
fortwährend mit der Ausführung seiner großartigen Kar-
tone beschäftigt.

Wien, 9. Febr. Baron Kübeck ist nun auch in Bruck
a. M. zum Abgeordneten erwählt worden. Der Eintritt
desselben in die Kammer erregt allgemeines Interesse.
Das neue Anlehen ist mit den Häusern Sina, Rothschild,
und Striegly abgeschlossen. Es soll 40 = 60 Millionen Gul-
den betragen.

Italien.

(Basel. Z.) Privatnachrichten aus Florenz und Li-
vorno melden, daß die dortigen Klubs, erbittert über den
Fortbestand der schweizerischen Militärkapitulationen, ihre
Klage an den in Italien niedergelassenen Schweizeren auszu-
üben gedenken. Der Präsident eines Volksvereins in Florenz
eröffnete einem dort niedergelassenen Schweizer zu Händen
seiner Landesleute, daß im Vereine beschloßen worden sey,
alle Italiener in einem öffentlichen energischen Aufruf zu
blutiger Rache an den Schweizern aufzufordern. Die
Schweizer, welche von der ohnmächtigen toskanischen Re-
gierung keinen Schutz zu erwarten hatten, fanden sich da-
durch bewogen, den Schutz des französischen Gesandten an-
zurufen, welcher ihrem Wunsche nicht nur bereitwilligst ent-
sprach, sondern den Minister des Innern sofort persönlich
davon benachrichtigte.

In Livorno hat der dortige Nationalverein beschloßen,
zuerst die Einfuhr von Schweizer Manufakturen zu hintertrei-
ben, und wenn die Militärkapitulationen nicht bald aufgehoben
würden, mit Ausnahme der Tessiner alle Schweizer aus-
zuweisen.

Frankreich.

Paris, 10. Febr. Unlängst meldete ich Ihnen, daß
die in den römischen Legationen liegenden Schweizer Trup-
pen nach Gaeta aufzubrechen beabsichtigten, um sich zur Ver-
sicherung des Papstes zu stellen. Der Hauptgrund ihres Ent-
schlusses lag in dem Wortlaute der Militärkapitulation, in
Folge deren sie aus den französischen Diensten in die des
Papstes getreten waren, da bekanntlich die Schweizer Re-
gimenter, welche hier gleich nach der Julirevolution verab-
schiedet wurden, sich in den Kirchenstaat anwerben ließen,
um die in den Legationen durch die Ereignisse von 1830 ge-
fährdete Ruhe herzustellen.

Die erwähnte Kapitulation bestimmt, daß die Schweizer
Truppen nur dem Papst oder dessen gesetzmäßig bestellten
Legaten zu gehorchen haben. Da nun Pius IX. durch den
General Zucchi seine sämtlichen Truppen auffordern ließ,
der revolutionären Regierung in Rom den Gehorsam zu
verweigern, so begehren die Schweizer auf den Grund ihrer
Kapitulation, dem h. Vater zu Hilfe zu eilen, indem sie
keine andere Autorität, als die des Papstes anerkennen.
Zudem ist es dem von der revolutionären Regierung
eingesetzten Prolegaten von Bologna gelungen, von dem
General der dortigen Schweizer, Grafen Latour, das Ver-
sprechen zu erwirken, nicht früher mit seinen Truppen abzu-
ziehen, als bis das römische Ministerium die geeigneten
Maßregeln getroffen hätte, um in Ermanglung der Schweizer
die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten, da es in
den Legationen schon jetzt von Räuberbanden wimmelt.

Das römische Ministerium hat sich nicht anders als der
Klemme zu ziehen gewußt, als indem es den Schweizern
eine andere Kapitulation, unter sonst vortheilhaften Bedin-
gungen, vorschlugen ließ. Es ist übrigens zu bezweifeln,
ob die Schweizer sich durch die goldenen Versprechungen der
revolutionären Regierung werden verführen lassen, die dem
Papste geschworne Treue zu brechen.

Mit der vielbesungenen italienischen Einheit geht es immer
schlechter. Nachdem Toskana kürzlich die amtlichen Verbin-
dungen mit Neapel abgebrochen hat, ist nun ein ähnlicher
Bruch zwischen Sardinien und Neapel erfolgt. Als nämlich
der Abate Gioberti Minister des Auswärtigen in Sardinien
wurde, beilegte er sich, die Häupter der wählerischen Partei zu
Gesandten zu ernennen. Unter Anderm wurde der Advoka-
t Plessa zum Gesandten in Neapel ausgesendet. Der
König beider Sizilien, welcher mit Recht befürchtete, die
Gegenwart des Hrn. Plessa in Neapel würde den dortigen
Radikalen einen Anhaltspunkt gewähren, weigerte sich, den
neuen Gesandten von Sardinien anzunehmen. Es entspann
sich darüber zwischen beiden Regierungen ein lebhafter No-
tenwechsel, der damit endigte, daß Hr. Plessa am 4. d. M.
nach Genua zurückkehrte, ohne von dem König von Neapel
empfangen worden zu seyn. Zur Vergeltung hat nun Gio-
berti dem Grafen Lubolf, bisherigem Gesandten von Neapel
in Turin, seine Pässe zugesandt, und so ist der Bruch
vollständig.

Paris, 11. Febr. Hr. Ellis, der Bevollmächtigte
Englands zu dem Kongreß zu Brüssel, hat eben so wie der
französische Bevollmächtigte, Hr. v. Lagrenée, Befehl er-
halten, sich nach Brüssel zu begeben. Auch der österreichi-
sche Bevollmächtigte, Graf Colloredo, soll unterwegs seyn.
Der Kongreß könnte also in den nächsten Tagen eröffnet
werden.

Vermischte Nachrichten.

Karl Feigen hat in der zu Biel in der Schweiz erscheinenden
„Evolution“, dem Organ der deutschen Flüchtlinge, unter der Ueber-
schrift „Der Nord“ einen Artikel erscheinen lassen, welcher die Noth-
wendigkeit, den Nord als Waffe der rothen Partei zu organisiren, dar-
zuthun sucht. Es heißt darin unter Anderm: „Es ist möglich, daß das
Norden nicht bloß eine geschichtliche, sondern auch eine physikalische
Nothwendigkeit ist. Es ist möglich, daß die Atmosphäre oder der Erd-
boden eine gewisse Quantität Menschenblut fordert, um ihre chemischen
und sonstigen Interessen durchmachen zu können. Wenn aber ein solches
Bedürfniß der Natur besteht, so wird man uns wenigstens nicht über-
reden können, daß zur Schwängerung der Luft und zur Düngung der
Erde Aristokratenblut weniger tauglich sey, als Demokratenblut. Wir
werden uns daher zu fragen haben, ob für uns die Zeit und die Macht
gekommen sey oder kommen werde, der Gegenpartei auch „einige Zu-
muthungen“ zu machen. Es scheint, daß der demokratischen Partei vor-
behalten sey, in großen Forderungen die Schuld aufzurechnen, welche
die andere Partei nach und nach bei ihr gemacht hat. Die französische
Revolution des vorigen Jahrhunderts war eine solche Zeit der Nord-
abrechnung, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird sich die französi-
sche Revolution bald in einer europäischen Revolution wiederholen.“
Und an einer andern Stelle: „Der mordenden Reaktion gegenüber
ein Gewissen haben, heißt gewissenlos seyn. Sie vernichten auf alle
Weise, mit allen Mitteln, an allen Orten: — Das drängt sie uns als
Pflicht, als Gerechtigkeit, als Humanität auf. Kossuth war ein Mann
von Energie, aber Kossuth hat zu wenig an Erfindungen gedacht und
Kossuth hat das Knallsilber übersehen. Muß man einen halben
Welttheil in die Luft sprengen und ein Meer von Blut ver-
gießen, um die Barbarenpartei zu ruiniren, so soll man kein Bedenken
tragen. Der hat kein republikanisches Herz im Leibe, der nicht die
Geugthung, eine Million Barbaren unter die Erde zu bringen,
freudig mit seinem Leben bezahle.“

Merkwürdig hoher Barometerstand. Am 11. Febr. war hat
das Barometer einen so außerordentlich hohen Stand erreicht, wie ein
gleicher oder höherer hier in 50 Jahren nur einmal beobachtet wurde.
Schon seit zwei Monaten steht das Barometer beinahe immer unge-
wöhnlich hoch, und zwar seit der Mitte des Januars bei gelindem, reg-
nerischem, mehrmals selbst stürmischem Wetter und vorherrschenden
S-W- und W- Winden, was gegen alle Regel ist, indem ein sehr hoher Baro-
meterstand im Winter gewöhnlich nur bei hellem und kaltem Wetter und
N-O- und N-W- Winden vorkommt. Am 8. Februar stieg das Barometer von
neuem an, langsam zu steigen, und erreichte am 11. Nachts 9 Uhr bei
gelindem Wetter und N-W- Wind die Höhe von 23 Zoll, 7.12 Linien
(auf 10° Wärme reduziert). In Karlsruhe beträgt im Durchschnitt aus
50 Jahren der mittlere Barometerstand 27° 10.1'' und der höchste des
Jahres 28° 5.4''; nur in 12 Jahren betrug derselbe mehr als 28° 6'',
nämlich:

1802	28° 6.20''	am 27. Januar.
1805	„ 6.10	„ 16. November.
1821	„ 9.56	„ 6. Februar.
1822	„ 6.65	„ 28. „
1825	„ 6.32	„ 6. Januar.
1826	„ 6.10	„ 17. „
1835	„ 6.94	„ 2. „
1836	„ 6.91	„ 2. „
1840	„ 6.96	„ 27. Dezember.
1845	„ 6.50	„ 22. März.
1846	„ 6.70	„ 9. Januar.
1849	„ 7.12	„ 11. Februar.

Hienach wird der gegenwärtige Barometerstand nur von dem im
Jahr 1821 und zwar um 2.44 Linien übertroffen; die Barometerstände
von 1833, 1836, und 1840 sind dem diesjährigen beinahe gleich.

Welche Ursachen einen außerordentlich hohen Barometerstand hervor-
bringen, und welche Folgen aus einem solchen entstehen können, hat die
Witterungskunde noch nicht deutlich kennen gelehrt. In den meisten
Fällen bedeutet aber ein sehr hoher Barometerstand den Eintritt oder
wenigstens die Annäherung eines kalten und trocknen nördlichen Luft-
stroms, daher folgt darauf meistens trockene und kalte Witterung, welche
oft längere Zeit anhält; nur sehr selten, wie z. B. in den Jahren 1779
und 1822, bleibt es dabei mild, aber häufig, besonders wenn der sehr
hohe Barometerstand gegen das Ende des Winters eintritt, folgt auf
denselben später, wenn das Barometer wieder seinen gewöhnlichen
Standpunkt erreicht hat, bedeutende Wärme und nicht selten ein bal-
diger Frühling.

Möge uns der Himmel mit strenger Kälte verschonen und uns einen
baldigen Frühling schenken.
Karlsruhe, den 12. Februar 1849. Dr. Otto Eisenlohr.

Frankfurter Kurszettel. Diverse Aktien.

Den 12. Februar.		Prz.	Brief.	Geld.
Friedrich Wilh. Nordbahn			37 7/8	37 3/4
Ludwigshafen - Verbach			71 9/16	71 1/4
Köln-Minden			79 1/4	—
Dampfeschiffahrt - Aktien			98	—
Deutsche Phönix - Aktien		3	—	94 1/2
ditto Lebensversicherung - Aktien		3	—	—
Köln-Machen			46	—
R. K. Ferd. Bahn			—	—
Wien - Stoggnitz			—	—
Mailand - Venedig			—	—
Vereins-Oblig. Loose à 10 fl.			6 5/8	6 3/4

Geldkurs.

Gold.		Silber.	
fl.	fr.	fl.	fr.
Neue Louisdor	11 5	Laubtaler, ganze	2 43
Friedrichsdor	9 54	ditto halbe	1 16
Preussische ditto	9 53 1/2	Preuss. Thaler	1 45
Holl. 10 fl. Stücke	10 1	ditto in Scheinen	1 45 1/2
Dufaten	5 36	Fünffrantenhalber	2 21 3/4
20-Frankenstücke	9 35	Silber, hochhaltig	24 28
Engl. Sovereigns	12 2	ditto gering und mit-	—
Gold al Mareo	383	telshaltig	24 18

Frankfurt, 12 Febr. Am Anfange der Börse zeigte sich eine laue
Stimmung, späterhin fanden indeß in einigen Gattungen der Fonds
und Eisenbahn-Aktien verschiedene Einfäufe für auswärtige Rechnungen
statt, weshalb sich deren Preise etwas höher stellten, als gestern. 3/16
Spanier auf die niedrige Notirung von Madrid flauer. Alle übrigen
Gattungen bei stillem Geschäft preisstehend.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Gießne.

Großherzogliches Hoftheater.
Mittwoch, 14. Februar, 27. Abonnements-
vorstellung, erste Abtheilung: Die beiden
Britten, Lustspiel in 3 Akten, von Karl
Blum. Hierauf zum ersten Male: Fami-
lien-Zwist und Frieden, Lustspiel in
2 Akten, von G. v. Püllig.

A.9. Im Verlag von **W. Mayer in Nastatt**
ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu be-
ziehen:
Zur Verarmungsfrage, mit besonderer
Berücksichtigung des Großherzogthums
Baden, von D. Abegg, badischem Do-
mänenrathe. Preis 24 Kreuzer.
Diese Schrift führt die Mittel, der Verarmung ent-
gegen zu treten, auf Prinzipien zurück, die eben so
naturgemäß aufgefaßt, als aus statistischen Nachrich-
ten auf originelle Weise durchgeführt sind. Sie ist
eine durchaus neue Erscheinung in der Literatur.

A.17. [21]. Karlsruhe.
Galvano-elektrische
Rheumatismusketten
von
Gebr. Walbach in Karlsruhe.
Um den vielen schriftlichen Aufträgen und Anfragen,
welche wir auf unsere nach eigener Konstruktion selbst
verfertigten galvanischen Rheumatismus-Ketten er-
halten, gebührend und prompt entsprechen zu können,
haben wir dem Herrn **Conradin Haugel** in Karlsru-
he die alleinige Niederlage davon gegeben.
Wir haben dieselben von Sachkundigen prüfen
lassen, und auch groß. Sanitätskommission zur Ver-
theilung vorgelegt.
Diese oberste Sanitätsbehörde hat uns hierauf
durch Beschluß vom Januar d. J., Nr. 108, durch das
Stadtphysikat Karlsruhe beurkundet lassen:
„daß unsere Ketten nach den Zeugnissen der
kompetenten Techniker: Herrn Berggrath und
„Professor Dr. Balchner und Herrn Hof-
„rath und Professor Eisenlohr dahier, wirk-
„lich galvanische Wirkung haben, resp.
„durch die Verbindung ihrer Enden einen elek-
„trischen Strom hervorbringen.“
Diese Zeugnisse lauten:
Den Herren Gebrüder Eduard und Karl Walbach,
Goldarbeiter hier, gebe ich hiermit das Zeugniß, daß
die von ihnen für den ärztlichen Gebrauch und Heil-
zweck besonders konstruirten galvanischen Ketten voll-
kommen richtig nach den Prinzipien der Konstruktion
galvanischer Apparate hergestellt sind und durch Ver-
bindung ihrer Enden einen elektrischen Strom hervor-
bringen, was bei den Goldberger'schen Ketten nicht
der Fall ist.

Dr. F. A. Waldner,
Berggrath und Professor an der polytechnischen Schule.
Den Herren Goldarbeiter Walbach von hier be-
zeuge ich, daß die von ihnen konstruirten galvanischen
Ketten wirklich eine galvanische Wirkung haben, also
durch Verbindung ihrer Enden einen elektrischen Strom
hervorbringen, während dies bei den Goldberger'schen
nicht der Fall ist.
Karlsruhe, den 13. Dezember 1848.

W. Eisenlohr,
Wir bitten deshalb, alle Anfragen und Aufträge,
welche auf unsere nach eigener Konstruktion selbst ver-
fertigten galvanischen Rheumatismus-Ketten Bezug
haben, an Herrn Conradin Haugel in Karlsruhe zu
richten.
Karlsruhe, den 6. Februar 1849.

Gebrüder Walbach,
Unter Bezugnahme an vorstehende Anzeige erlaube
ich mir zu bemerken, daß diese galvanischen-elektrischen
Rheumatismusketten nebst Gebrauchsanweisung zu
1 fl. 45 fr. bei mir zu haben sind, und indem ich mich
aller weiteren Anpreisungen über die vortheilhafte
Wirkung und Heilkraft derselben enthalte, empfehle ich
solche zu geneigter Abnahme bestens.

Conradin Haugel
in Karlsruhe.
A.19. Karlsruhe.
Groß. badische 35. fl. -Loose,
deren Ziehung den 28. dieses Monats stattfindet, sind
bei uns zu haben.

Edw. Somburger & Söhne.
A.14. Karlsruhe.
Verkaufsanzeige.
In der Grodprinzenstraße Nr. 3 werden schöne Neu-
holländer Kanarienvögel verkauft.
942 [22]. Karlsruhe.
Zu verkaufen.
Es ist eine beinahe ganz neue Ladeneinrichtung eines
Notenwaaren-geschäfts billig zu verkaufen. Zu er-
fragen Langestraße Nr. 74.

A.24. Nastatt.
Stellegefuch.
Ein gewandter Hausknecht, der sich jedem Dienste
unterziehen und hauptsächlich einen Garten gut besor-
gen kann, sucht eine Stelle.
Das Geschäftsbureau von **W. Gug-**
genheimer in Nastatt.
410 [33]. Ettlingen.

Anzeige.
Bei Benedikt Wagner in Pfaffenroth sind 11-12
Zentner feine Bartherwolle billig zu haben, welche als
vorzüglich empfohlen wird.

Akkordbegebung.
Die Zuckerfabrik Waghäusel bedarf circa 2000
Dhm, nämlich:
150 Stück von 4 Dhm,
200 „ „ 3 1/2 „
150 „ „ 3 „
100 „ „ 2 1/2 „
sollt mit 8 eisernen Reifen beschlagene eichene Wein-
geißelständer, und ist genehmigt, diese im Akkord an die
Benutznehmenden zu vergeben, weshalb lusttragende
Ankäufer aufgefordert werden, ihre billigt ge-
stellten Offerten, mit Anzahl der Stückzahl, die sie von
jeder Serie übernehmen wollen, bei der Fabrikver-
waltung längstens bis Ende dieses Monats einzureichen.
Waghäusel, den 11. Februar 1849.
Die Verwaltung der Zuckerfabrik.
Karl Baumann. Wurbach.

A.1. Augsburg. **Beugniß** **über gefertigte Turbinen.**

Zu dem Betriebe unserer neu gegründeten Baumwoll-Spinnerei in Augsburg aufschlossen wir uns nach
längerer Umschau zwei Turbinen neuester Konstruktion in der **G. Reichenbach'schen Maschinenfabrik**
in Augsburg anfertigen zu lassen. Diesen Auftrag hat denn auch die genannte Maschinenfabrik zu unserer
vollsten Zufriedenheit ausgeführt, so daß unsere hiesige Spinnerei seit bereits sechs Monaten in voller Thätig-
keit ist.
Bei einem Wasserquantum von 200 Kubikfuß per Sekunde und völlig 4 Fuß Gefälle wurde bei einer
genau angefertigten Turbinenmessung dieser beiden Turbinen ein Nutzeffekt von 79 Prozent und eine diesem ent-
sprechende Leistung nach Pferdekraften ermittelt.
Eine andere für uns praktische Kraftmessung zeigten diese neuen Turbinen dadurch, daß wir die Ueber-
zeugung gewonnen haben, bei einem normalen Wasserstand mit einer Turbine unsere ganze Spinnerei von
11,000 Spindeln mit der erforderlichen Geschwindigkeit in Betrieb erhalten zu können, was nicht nur für die
gelungene Konstruktion der Turbine selbst spricht, sondern auch die zweckmäßige und solide Anlage der von
gedachter Maschinenfabrik ausgeführten Transmission beurkundet, und uns veranlaßt, diese unsere Anerken-
nung hiemit der Wahrheit gemäß zu veröffentlichen.
Augsburg, im Dezember 1848.

Joh. Friedr. Chur & Söhne.
A.16. [21]. Darlanden.
Holländer-, Bau- und
Nußholz-Verfeinerung.
Dienstag, den 20. d. M.,
Morgens 9 Uhr
anfangend, läßt die hiesige Gemeinde auf ihrem Groß-
grundwald 55 Stämme Eichen und 6 Stämme Nüssen an
den Meistbietenden öffentlich auf dem Platz ver-
steigern, wozu die Liebhaber eingeladen werden.
Darlanden, den 9. Februar 1849.
Bürgermeisteramt.
Kühn.

A.22. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Die Tilgung des auf Obligationen auf-
genommenen Eisenbahnlehens vom
Jahre 1842 betreffend.
Bezüglich auf die diesseitige Bekanntmachung vom
15. Dezember v. J. (Regierungsblatt Seite 476 und
477) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht,
daß die großherzogl. Eisenbahn-Schulden-Tilgungs-
Kasse ermächtigt ist, die durch die Ziehung vom 15.
Dezember v. J. zur Einlösung auf 1. Juli d. J. be-
stimmten Eisenbahn-Obligationen des Anlebens von
12 Millionen Gulden jetzt schon mit Zins bis zum
Zahlungstage abzutragen.
Karlsruhe, den 12. Februar 1849.
Ministerium der Finanzen.
Poffmann.
vdt. Pöppen.

A.23. Gemmingen, Bezirks-
amt Eppingen.
Gesuch eines israeliti-
schen Lehrers und Vorsängers.
Die israelitische Gemeinde Gemmingen wünscht
einen Lehrer, der außer dem Religion- und Ele-
mentarunterricht zugleich auch die Stelle als
Vorsänger und Scherzer unternehmen kann.
Als Gehalt werden 135 fl. fixo bestimmt, wobei
sich die Nebenverdienste auf ca. 200 fl. belaufen.
Die hierfür qualifizirten Lehrer und Vorsänger
haben sich binnen 1 Monat bei dem israelitischen Syn-
agogenrath entweder persönlich oder unter fran-
kirten Briefen unter Vorlage ihrer Zeugnisse zu melden.
Derselbe muß aber ledigen Standes seyn.
Gemmingen, im Bezirksamt Eppingen, den 12. Fe-
bruar 1849.
Der israelitische Vorstand.
Saubert Richheimer.
Der Sekretär:
S. Seefels.

A.2. Kandell.
Konventionelle Zwangs-
versteigerung.
Montag, den 26. dieses, Nachmittags 2 Uhr, in der
Berritzischen Behausung an der Borth-Kniefänger
Rheinbrücke, wird durch den k. b. Notar Martin in
Kandell wegen Nichterfüllung der früheren Steige-
rungsbedingnisse das unterm 14. August 1845 durch
Johann Schöner, Adersmann und Wirth von
Borth, von den gesetzlichen Benefiziarerben des ver-
storbenen Gustav'schen Ludwig Hartmann erwor-
bene Hofgut, Ludwigswald genannt, in den Bännen
von Borth und Forz gelegen, bestehend in:
„anderthalbhöcker Behausung, Hofraum, Ne-
bengebäude mit besonderen Schoppen, Remise,
Pferde-, Rindvieh-, und Schweinehallungen,
Brennereigebäude, isolirter Bärmiger Scheuer,
Fischweiberei, Gärten, Nebenanlagen, Acker-
land, Wiesen, Gehölz, Deutung, Altwasser,
Rheinanlagen, Teinpfad und Weg, zusam-
men 129.93 Dezimalen enthaltend,“
zur konventionellen Zwangsversteigerung gebracht.
Das nähere Güterverzeichnis und die Steigerungs-
bedingnisse können eingesehen werden bei dem Steuer-
und Gemeindevorsteher Karl Theodor Bauer da-
hier.
Kandell, den 12. Februar 1849

Martin, Notar.
A.26. [21]. Ottenheim.
Holzverfeinerung.
Die Gemeinde Ottenheim, Oberamts Lahr, läßt
Montag, den 26. d. M.,
in ihrem nahe am Ort gelegenen Gemeinewald,
Distrikt Großendelgrün, vor der Abfuhr zahlbar,
versteigern:
140 Stück Nüssen von vorzüglicher Qualität,
von 40 - 90 Kubikfuß.
Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr auf der
Siebelle. Ferner Nachmittags 1 Uhr im Distrikt
Schneiderau, und Morgens:
12 Stück zu Boden liegende Eichstämme, größ-
tentheils zu Holländerholz und Eisenbahn-
schwellen geeignet, wozu allenfallsige Lieb-
haber hiemit eingeladen werden.
Ottenheim, den 12. Februar 1849.
Bürgermeisteramt.
Kubin.

A.4. [31]. Ringsheim.
Holzverfeinerung.
Donnerstag, den 22. d. M.,
Morgens 9 Uhr
anfangend, läßt die Gemeinde Ringsheim in dem
Niederwald
65 Stück Eichstämme, und
40 Masten eisernes Scheit- und Prügelholz.
Freitag, den 23. d. M.,
Morgens 10 Uhr
anfangend, in dem Gebirgswald
18 Stück tannene Säghölze, und
6 „ tannene Bauholz,
2000 „ Reispfähle,
16 „ Wiesbäume
öffentlich gegen baare Zahlung vor der Abfuhr ver-
steigern.
Die Zusammenkunft ist am ersten Tage in dem
Hölschlag, und am zweiten Tage auf der Straße im
Dörlinbacher Grund.
Ringsheim, den 11. Februar 1849.
Bürgermeisteramt.
J. A. d. B.
Kubtle, Rathschreiber.

A.25. [31]. Nr. 398. Sinsheim. (Erbo-
erbung.) In der Verlassenschaftsache der am 7.
Januar 1849 ledig verlebten Katharina Barbara
Pfeifer von Eschelbronn ist die Ehefrau des Bürger-
und Webermeisters Christoph Münch, Barbara, ge-
borne Pfeifer von Eschelbronn, die mit ihrem Mann
und ihren Kindern im Jahre 1847 nach Nordamerika
ausgewandert ist, erbberechtigt. Da weder die ge-
nannte Interessentin noch deren Familie bisher Nach-
richt von sich gegeben hat, und deren Aufenthaltsort
dahier unbekannt ist, so wird dieselbe oder deren ehe-
liche Nachkommen hierdurch unter Festsetzung
einer dreimonatlichen Frist
öffentlich unter dem Beudeten zur Erbtheilung vorge-
laden, daß im Nichterscheinsfalls die Erbtheilung
lediglich denjenigen wird zugewiesen werden, denen
sie zufalle, wenn sie, die Vorgelebene, zur Zeit des
Erbanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wäre.
Sinsheim, den 12. Februar 1849.
Groß. bad. Amtsverwalter Hoffenheim.
Knaus.
Distriktsnotar Müller.

964. [32]. Nr. 5310. Lahr. (Schuldenliqui-
dation.) Gegen Puttmacher Karl August Kramer von
Lahr ist Gant erkannt, und Tagfahrt zum Nichtig-
stellungs- und Vorzugsverfahren auf
Mittwoch, den 21. März 1849,
Vormittags 8 Uhr,
vdt. Reimeier.

A.7. [31]. Nr. 466. Bühl. (Fouirage-
lieferung.) Die Lieferung des Bedarfs an Haber,
Heu und Stroh für die während der nächsten Beschäl-
zeit nach Schwarzsach kommenden Penge wird man
Samstag, den 17. Februar d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,
auf dem Verwaltungsbureau dahier an den Benigst-
nehmenden vertheigern.
Bühl, den 9. Februar 1849.
Groß. bad. Domänenverwaltung.
Steinwarz.
A.15. Nr. 2596. Karlsruhe. (Zahlung.)
Jakob Friedrich Siegel von Ruderberg, königl.
württemb. Oberamts-Gerichts-Bekleidungs-, in dringend
der Fälligkeit verdächtig, wird ersuchen deshalb
sämmliche Gerichts- und Polizeibehörden, auf
Siegele, dessen Beschreibung unten folgt, zu sah-
den, denselben im Vertheigungsverfahren zu verhaften
und unter sicherer Bedeckung hierher einzuliefern.
Beschreibung des Siegeles.
Alter, 28 Jahre; kleiner Statur; halblonche Haare;
blaue Augen. Derselbe zieht beim Sprechen wie aus
einem Sattelsack; sein Gang ist gebückt, und überhaupt
seine Haltung wie solche derjenigen Personen, welche
an einem Spiraubstoke arbeiten, weshalb er bei dem
Gang die Hüfte gebeugt hält und in die Knie fällt.
Karlsruhe, den 7. Februar 1849.
Groß. bad. Stadtamt.
Kliche.

A.6. [31]. Nr. 4712. Mannheim. (Warnung.)
Im Monate Juni v. J. wurden dem Holzhändler
Kasimir Kasl dahier folgende Urkunden entwendet:
1) Fünf Aktien der hiesigen Paronnie-Gesellschaft,
die Nummern: 776, 777, 778, 779, 780.
2) Fünf Aktien der badischen Schiffahrts-Affek-
tur-Gesellschaft, die Nummern: 99, 100,
101, 102, 103.
Es wird hiemit unter Hinweisung auf §. 780 der
Pr. O. vor dem Anfaufe dieser Aktien gewarnt.
Mannheim, den 7. Februar 1849.
Groß. bad. Stadtamt.
Mallebrein.
vdt. Kühne.

A.8. [31]. Nr. 2646. Blumenfeld. (Auffor-
derung.) Die beiden Brüder Joseph und Jirak
Huf von Kommingen, welche schon seit 18 Jahren,
unbekannt wo, abwesend sind, und welchen ein Ver-
mögen von 145 fl. 16 fr., beziehungsweise von 235 fl.
55 fr., zugefallen ist, werden aufgefordert,
binnen Jahresfrist
Nachricht von sich anher gelangen zu lassen, widrigen-
falls sie verschollen erklärt und ihre nächsten Erben in den
sürsorglichen Besitz des Vermögens gesetzt würden.
Blumenfeld, den 8. Februar 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Dreyer.
vdt. Schrott.

auf diesseitiger Oberamtskanzlei festgesetzt, wo alle
Diesen, welche aus was immer für einem Grunde
Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, solche,
bei Vermeidung des Ausschusses von der Gant, per-
sönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich
oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen
Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, welche sie geltend
machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit
gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder
Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln.
Zugleich werden in der Tagfahrt ein Massepfleger
und ein Gläubigerauswähler ernannt, Vorge- und Nach-
lassvergleiche versucht, und sollen in Bezug auf Vorge-
vergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläu-
bigerauswählers die Nichterscheinsenden als der Mehr-
heit der Erschienenen beitreten angesehen werden.
Lahr, den 3. Februar 1849.
Groß. bad. Oberamt.
Sachs.

953. [32]. Nr. 2837. Eppingen. (Schulden-
liquidation.)
J. S.
mehrerer Gläubiger
gegen
die Vermögensmasse des Krämers Chri-
stian Frank von Aelshofen,
Forderung und Vorzug betr.
Am Heutigen haben wir Gant erkannt und ordnen
Tagfahrt zur Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren
auf
Freitag, den 9. März 1849,
früh 8 Uhr,
in diesseitiger Gerichtskanzlei an.
Alle Diesen, welche aus irgend einem
Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen,
haben solche in der Tagfahrt, persönlich oder durch
gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich,
mit genauer Bezeichnung ihrer Vorzugs- oder
Unterpfandsrechte anzumelden, und gleichzeitig
den Beweis dafür mit Urkunden und sonstigen
Beweismitteln anzutreten, Alles bei Vermeidung
des Ausschusses hiemit und von der Gantmasse.
Auch soll zugleich ein Massepfleger und ein Gläu-
bigerauswähler ernannt, und ein Vorge- und Nach-
lassvergleiche versucht werden, wobei in Bezug auf die
Wahl des Massepflegers und Gläubigerauswählers,
sowie wegen Vorgevergleiche die Nichterscheinsen-
den als der Mehrheit der Erschienenen beitreten
angesehen werden.
Eppingen, den 7. Februar 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Müller.
vdt. Niebergall,
A. j.

975. [32]. Nr. 933. Mestrich. (Schulden-
liquidation.) Gegen Johann Ries, Weber in
Boll, haben wir unterm 8. Januar d. J. die Gant,
welche vom gleichen Tage an für eröffnet gilt, er-
kannt, und zum Schuldenrichtigstellungs- und Vor-
zugsverfahren Tagfahrt auf
Donnerstag, den 1. März 1849,
früh 8 Uhr,
angeordnet.

Es werden deshalb alle Diesen, welche
aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die
Gantmasse machen wollen, aufgefordert, solche in
der angezeigten Tagfahrt, bei Vermeidung des Aus-
schusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig
Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden,
und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfands-
rechte zu bezeichnen, die geltend gemacht werden wollen,
mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder
Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln.
In derselben Tagfahrt wird ein Massepfleger und
Gläubigerauswähler ernannt, und sollen Vorge- und
Nachlassvergleiche versucht werden, wobei bemerkt
wird, daß die Nichterscheinsenden als der Mehrheit
der Erschienenen beitreten angesehen werden.
Mestrich, den 20. Januar 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Stein.

936. [32]. Nr. 3668. Mannheim. (Prälu-
sionsbeleid.) Diesen Gläubiger des Schnei-
denmeisters J. A. Huber dahier, welche bis heute
ihre Forderungen nicht angemeldet haben, werden
von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.
M. A. B.
Mannheim, den 5. Februar 1849.
Groß. bad. Stadtamt.
Mallebrein.

A.5. Nr. 2452. Püfingen. (Präklusivbe-
scheid.) In der Gant des Michael Mettler von
Niedöfingen werden diejenigen Gläubiger, welche
in heutiger Liquidation sich nicht angemeldet haben,
von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.
Püfingen, den 7. Februar 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Gehard.

897. [33]. Nr. 4482. Pforzheim. (Entmün-
digung.) Die ledige, volljährige Wilhelmine Mohr
von hier wurde wegen Geisteskrankheit für entmündigt
erklärt und unter Vormundschaft des Waisenrichters
Kiefer von da gestellt, was anzuordnen verkündet wird.
Pforzheim, den 7. Februar 1849.
Groß. bad. Oberamt.
Flad.
vdt. Mathis.

948. [32]. Nr. 1909. Philippsburg. (Er-
ledigte Aktuarsstelle.) Eine Aktuarsstelle ist da-
hier mit einem fixen Gehalte von 270 fl. und circa
300 fl. Forstgerichtsamtien erledigt, und soll länge-
stens bis 1. April d. J. mit einem im Forstgerichts-
und Konfiskationsgeschäfte geübten rezipirten Scriben-
ten wieder besetzt werden.
Die Bewerber um diese Stelle wollen in Bälde
unter Vorlage ihrer Zeugnisse und Rezeptionsurkunden
ihre Befähigung anher einreichen.
Philippsburg, den 9. Februar 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Kirchgeuer.

946. [32]. Waldshut. (Dienstvertrag.) Mit
dem 1. Mai d. J. oder auch einige Zeit früher ist die
mit einem Gehalt von ca. 600 fl. verbundene Stelle
des Sportelektrenten, der zugleich als Forstgerichts-
aktuar, Registrator und nur auswärts als Aktuar
zu funktionieren hat, bei dem hiesigen Amte wieder zu
besetzen.
Geübte Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer
Zeugnisse bei dem unterzeichneten Amtsvorstand melden.
Waldshut, den 2. Februar 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Buller.

(Mit einer Beilage.)